

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

12. Mai 1950

Blatt 882

Die Preise für das Strandbad Gänsehäufel

=====

12. Mai (Rath.Korr.) Im neuen Strandbad Gänsehäufel werden folgende Preise gelten:

Kabine	Tageskarte	S	6.--
	Halbtagskarte (bis und ab 13.30 Uhr)	"	3.50
	ermäßigt	"	1.80
Mitbenützung	Tageskarte	"	3.50
	Halbtagskarte	"	2.20
	" ermäßigt	"	1.10
Kästchen	Tageskarte	"	3.50
	Halbtagskarte	"	2.20
	" ermäßigt	"	1.10
Kinder bis 1.30 m	Tageskarte	"	-.80
	Halbtagskarte	"	-.50
Besichtigung (1 Stunde gültig) nur an	Werktagen bei schwachem Besuch)	"	1.--
Dauerkarten:	Saisonkabine	"	140.--
	Saisonkästchen	"	80.--
	Mitbenützung Erwachsene	"	60.--
	" Kinder	"	20.--
Strandkabinen - große Kabinen in bevorzugter Lage	am Westrand		
	für 3 Personen im Erdgeschoß	"	380.--
	in höheren Geschoßen	"	420.--
	Mitbenützung für jede weitere		
	Person	"	60.--
	" für Kinder	"	20.--

Die Preise für das Strandbad Gänsehäufel lagen noch zu Zeiten der **alten** Anlage etwas über den der übrigen städtischen Sommerbäder. Wie die Bäderdirektion bekannt gibt, haben sich schon zu Beginn des Jahres viele Interessenten für die Saison- und Strandkabinen vormerken lassen. Wie weiter bekanntgegeben wird, steht derzeit noch eine ausreichende Anzahl von Kabinen zur Verfügung. Die Interessenten für Kabinen im Strandbad Gänsehäufel können sich auch mittels Postkarte in der Bäderdirektion l., Dominikanerbastei, vormerken lassen.

Wäschenähen, Kleidermachen und Kochen
=====

Eine Ausstellung der Städtischen Lehranstalt für
hauswirtschaftliche Frauenberufe

12. Mai (Rath.Korr.) Am Montag, dem 15. Mai, von 11 bis 16 Uhr, sowie am Dienstag, dem 16., und Mittwoch, dem 17. Mai, von 9 bis 16 Uhr veranstaltet die Städtische Lehranstalt für hauswirtschaftliche Frauenberufe, Wien 9., Wilhelm Exner-Gasse 34, eine Ausstellung von Arbeiten in Wäschenähen, Kleidermachen und Kochen.

Wiener Landtag
=====

12. Mai (Rath.Korr.) Der Wiener Landtag trat heute vormittag unter dem Vorsitz seines Präsidenten Marek zu einer kurzen Sitzung zusammen, in der drei Anträge des Immunitätskollegiums zur Beratung standen.

Abg. Mistingger (SPÖ) referierte über das Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien vom 14. Jänner 1950 um Zustimmung zur Verfolgung des Abg. Vizebürgermeisters Honay (SPÖ) in einer Ehrenbeleidigungsangelegenheit. Dem Ersuchen wurde keine Folge gegeben.

Abg. Dr. Freytag (ÖVP) referierte über das Ersuchen der Staatsanwaltschaft Wien vom 8. August 1949 um Zustimmung zur Verfolgung des Abg. Kowatsch (ÖVP) nach dem Bedarfsdeckungsstrafgesetz.

Zum Wort hatte sich Abg. Wicha (WdU) gemeldet. Er gab zu

bedenken, daß die Immunitätsbestimmungen nicht für Vergehen nach dem Strafgesetz bestimmt sind und fragte an, warum das Ersuchen der Staatsanwaltschaft erst heute zur Verhandlung kommt.

Abg. Dr. Soswinski (LBL.) betonte, daß die Partei des betreffenden Abgeordneten über dessen Auslieferung zu entscheiden hat. Wenn daher die ÖVP der Meinung ist, dem Auslieferungsbegehren nicht stattgeben zu müssen, so wolle auch seine Partei nicht gegen die Gepflogenheiten handeln, obwohl es sich um ein Vergehen nach dem Bedarfsdeckungsstrafgesetz handelt, das bei der Bevölkerung nicht im hohen Ansehen steht.

Auch dieses Auslieferungsbegehren wird einstimmig abgelehnt.

Abg. Planek (SPÖ) referierte über das Ersuchen des Jugendgerichtshofes Wien vom 1. März 1950 um Zustimmung zur gerichtlichen Verfolgung des Abg. Pfoch (SPÖ). Abg. Pfoch wird als Leiter eines sozialistischen Jugendlager in Kärnten für einen Autounfall verantwortlich gemacht, bei dem 31 Insassen verletzt wurden.

Der Antrag des Immunitätskollegiums, dem Ersuchen keine Folge zu geben, wurde einstimmig angenommen.

Damit war die Tagesordnung erledigt. Präsident Marek schloß die Sitzung um 11.30 Uhr.

Sitzung des Wiener Gemeinderates

=====

12. Mai (Rath.Korr.) Im Anschluß an den Wiener Landtag trat der Gemeinderat unter dem Vorsitz von Bürgermeister Dr.h.c. Körner zu einer Geschäftssitzung zusammen.

Im Einlauf befanden sich mehrere Anträge und Anfragen: ein Antrag des parteilosen GR. Dipl.Ing. Keller betrifft die Umbenennung der Bösendorferstraße oder der Akademiestraße in Dr. Walter Barth-Straße; außerdem wurde die dringliche Behandlung gewünscht, über die am Schluß der Sitzung abgestimmt wird. Ein anderer Antrag der WdU betrifft die Führung der Autobuslinie 9 vom Vogelweidplatz zur Schwedenbrücke. Er wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen. Ein Antrag des Linksblockes, der gleichfalls der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen wurde, verlangt die Beseitigung der Staubplage auf dem Franz Josefs-Kai durch Verlegung der Schuttverarbeitungsanlage und den Abtransport der Schuttmassen. Eine Anfrage der WdU an den Bürgermeister über die bereits

in Ausführung begriffene Verbauung der Westseite des Stephansplatzes zwischen Jasomirgottstraße und Brandstätte wird auf schriftlichem Weg beantwortet werden. Ein Antrag der ÖVP betrifft die Reaktivierung der Straßenbahnlinien 40 und 37. Er wurde dem zuständigen Gemeinderatsausschuß zur Behandlung zugewiesen.

Stadtrat Mandl (SPÖ) referiert sodann über die Bewilligung eines Kostenbeitrages der Stadt Wien für den Wiederaufbau des Stephansdomes in der Höhe von einer Million Schilling. Er spricht davon, wie sehr die Stadt Wien und der Stephansdom miteinander verbunden sind. Jeder Wiener wisse heute, daß es sich beim Stephansdom um ein Kulturdenkmal handelt, das für das jahrhundertlange kulturelle Leben dieser Stadt zeugt. Der Stadtsenat hat bereits kürzlich der Bewilligung des genannten Betrages zugestimmt. StR. Mandl stellt daher den Antrag, die Million Schilling dem Dombau-Komitee gegen Verwendungsnachweis zur Verfügung zu stellen.

GR. Dr. Matejka (LBL.) stimmt dem Antrag zu. Er wirft jedoch die Frage auf, wieso man so lange gebraucht hat, um diesen Beschluß zu fassen. Er glaubt, die Antwort auf diese Frage auch darin zu finden, daß bereits nach der Befreiung im Jahre 1945 Minister Raab sehr deutliche und laute Wiederaufbaureden den Stephansdom betreffend, gehalten hat. Die Reden standen aber schon vom Anfang an in Widerspruch zu den Taten.

Damals bestiegen Nationalratspräsident Kunschak, Bürgermeister Körner, und Vizebürgermeister a.D. Steinhart das Dach der Stephanskirche um sich von den Schäden zu überzeugen. Die Gemeinde Wien hat bald darauf das Holz zum Bau eines Materialaufzuges herbeigeschafft, um die Eindeckung des Domes zu ermöglichen und weitere Schäden durch Witterungseinflüsse zu verhindern. Der Stadtsenat war damals der Überzeugung, daß diese Beispiel Früchte tragen und fortgesetzt werden wird und die Kirche selbst an erster Stelle bei dem Aufbau des Domes stehen würde. Leider ist aber über die Zahl und Ziffer, die die Kirche als Bauherr beigesteuert hat, nicht näheres bekannt geworden.

Leider brachte auch die Dachzielaktion nicht den vollen Erfolg. Der Redner spricht von den Nachbarländern, die ungleich höhere Kriegs^{zer-}störungen zu verzeichnen hatten und deren Kirchen und Baudenkmäler nun fast zur Gänze wiederhergestellt sind. GR. Dr. Matejka bemängelt, daß der Staat für Dinge, die nicht so vordringlich sind, mehrere Millionen Schilling aufwendet. Dies zeuge vom

Mangel an Planmäßigkeit. Wäre dies nicht so, müßte der Gemeinderat heute nicht mehr über die Bewilligung von einer Million Schilling zum Wiederaufbau des Stephansdomes sprechen.

GR. Eleonore Hiltl (ÖVP) bezeichnet den Stephansdom als ein Wahrzeichen, ein Kulturdenkmal der ganzen Wiener Bevölkerung und darüber hinaus des ganzen österreichischen Volkes. Es sei daher selbstverständlich, daß man Mittel und Wege finden müsse, den Wiederaufbau dieses Wahrzeichens unseres Landes möglichst rasch zu bewerkstelligen.

Über die schönen Worte des GR. Dr. Matejka könne man sich ehrlich und aufrichtig freuen, man könne aber gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß er mit der jetzt zum Ausdruck gebrachten Gesinnung möglichst bald wieder in jene Gemeinschaft zurückfindet, aus der er ursprünglich gekommen ist, was freilich bei den Parteifreunden seiner jetzigen Geistesrichtung auf große Schwierigkeiten stoßen wird. (Heiterkeit)

Immer wieder habe es sich gezeigt, daß die Bürger von Wien bei der Aufbringung von Geldmitteln für den Stephansdom zu den größten Opfern bereit waren. So war es auch Herzenssache des Wiener Bürgertums, den Wiederaufbau des Stephansdomes auf ihr Programm zu setzen. Bisher wurden auch bereits 18 Millionen Schilling für diese Zweck aufgebracht.

Die Rednerin bezeichnet es als etwas verwunderlich, daß man erst fünf Jahre nach Kriegsende seitens der Gemeindeverwaltung sich entschlossen hat, einen entsprechenden Beitrag für den Wiederaufbau des Domes zu leisten. Sie wendet sich gegen einen in der "Arbeiter Zeitung" erschienenen Leitartikel, in dem den kirchlichen und katholischen Kreisen Österreichs gewissermaßen Vorwürfe gemacht werden, daß sie bisher viel zu wenig für den Wiederaufbau des Domes beigetragen haben. Wenn in dem Artikel auch von dem reichen Besitz der katholischen Kirche gesprochen wurde, so kann nur auf die bekannte Tatsache verwiesen werden, daß dieser Besitz in den Jahren zwischen 1938 und 1945 und auch nach 1945 bedeutend zurückgegangen ist, sodaß es ungerecht wäre, nur von diesen Kreisen Opfer zu verlangen. Wenn heute eine Million Schilling bewilligt wird, so bedeutet das nur einen Tropfen auf einen heißen Stein, da für die Beendigung der Bauarbeiten noch etwa 15 Millionen Schilling gebraucht werden. Wir müssen unseren Stolz darcin setzen, daß für die Wiederherstellung dieses Wahrzeichens Österreichs und der

Wiener Stadt nicht ausländische Hilfe einsetzen muß. Es soll auch von dieser Stelle aus all derer dankbar gedacht werden, die bisher schon ihr Scherflein für die Wiederherstellung des Domes beigetragen haben und auch in Zukunft beitragen werden.

Die Rednerin richtet einen Appell an die Bevölkerung der Bundesländer, die Wiederherstellung des Stephansdomes nicht als eine Angelegenheit Wiens sondern eine ganz Österreichs zu betrachten. Oberösterreich habe hier bereits ein schönes Beispiel gegeben.

GR. Planek (SPÖ) erinnert an die Worte des Bürgermeisters, als er den Antrag auf die Gewährung einer Gemeindegeldsubvention von einer Million Schilling für den Wiederaufbau des Stephansdomes einbrachte, daß die Gemeinde neben den sozialen Aufgaben, die sicherlich zu den obersten Pflichten der Gemeindeverwaltung zählen, auch auf die Wahrung aller echten kulturellen Werte ihr Augenmerk richten müsse. Der Stephansdom sei einer jener sozusagen zeitlosen Kulturtaten unseres Volkes, die auch unserer Generation Verpflichtungen auferlegen. In diesen Worten liege ein ganzes Programm, hier vereine sich der Geist der Gotik mit einer modernen Sozialauffassung zu einer Synthese.

Wenn GR. Dr. Matejka die Frage aufgeworfen habe, warum man seitens der Gemeinde hier nicht früher eingegriffen habe, so liege dies an den Verhältnissen nach 1945. Man mußte vordringlichere Aufgaben in Angriff nehmen und unmittelbare Hilfe für die Menschen gewähren.

Es entspreche nicht den Tatsachen, daß die Bevölkerung bisher nichts zum Wiederaufbau des Domes beigetragen habe. Nicht weniger als 17.7 Millionen Schilling wurden von der Bevölkerung aufgebracht, davon allein von den Katholiken der Erzdiözese Wien 1.3 Millionen Schilling, um den Steffel entsprechend wiederherstellen zu können. Heute aber bestehe die unmittelbare Gefahr, daß die Spenden versiegen, daß das ganze Bauvorhaben zum Stocken kommt, das Dach nicht rechtzeitig eingedeckt werden kann, Schäden am Mauerwerk nicht beseitigt werden können und dadurch unabsehbare Schäden entstehen. Aus diesen Erwägungen heraus wurde gerade im jetzigen Zeitpunkt der vorliegende Antrag gestellt.

Die ganze Bevölkerung, gleichgültig welcher politischen Partei sie angehört, anerkennt die kulturelle Verpflichtung diesem Bauwerk gegenüber, das weit über den katholischen Bereich hinausgewachsen ist: der Stephansdom ist eine Angelegenheit aller

Konfessionen, er ist das Zeugnis einer Geisteshaltung von Jahrhunderten. Daher muß dieses Bauwerk für Wien, für Österreich, ja für die Welt als Kulturdokument erhalten bleiben.

Die Annahme dieses Antrages soll gleichzeitig ein Aufruf an alle jene sein, die noch Geld besitzen, ein Aufruf an die besitzenden Körperschaften, ihr Scherflein beizutragen.

Was den von der GR. Hiltl zitierten Leitartikel betreffe, so seien die Sozialisten nicht an das gebunden, was die "Arbeiter-Zeitung" in einem Leitartikel schreibt, da jeder Sozialist seine eigene Meinung haben darf. Es stelle aber keine Erfindung der SPÖ oder der "Arbeiter Zeitung" dar, daß man manchmal bezweifeln müsse, ob sich diejenigen, die sich als Katholiken bekennen, auch als Christen zeigen. Man könne hier Äußerungen von Professor Otto Maurer, Dobretsberger und Monsignore Schaurhofer zitieren.

GR. Planek beschäftigte sich dann mit den Ausführungen von GR. Dr. Matejka über die Aufbauarbeiten in Polen und gab in diesem Zusammenhang seiner Überzeugung Ausdruck, daß in verschiedenen Ländern des Ostblockes viel Aufbauarbeit geleistet wurde. Er wandte sich aber gegen den Ausspruch Dr. Matejkas, daß dort aus einem anderen Geist heraus geschaffen werde. Gerade aber diesen Geist in diesen Ländern lehnen wir ab. (Beifall.) Er ist weder christlich noch sozialistisch. Nicht das Große allein gilt. Auch die Pyramiden sind einmal mit einem Heer von Sklaven gebaut worden. Es kommt darauf an, wie der Mensch behandelt wird. (Starker Beifall bei der SPÖ)

Abschließend sagte GR. Planek: "Wir stehen auf dem Standpunkt: Fortschritt und ein menschenwürdiges Leben in Freiheit! Und hier glauben wir, daß wir uns mit allen Konfessionen zusammenfinden!" (Lebhafter Beifall)

Stadtrat Mandl stellte in seinem Schlußwort mit Genugtuung fest, daß bei aller Verschiedenheit der Ansichten doch eines einmütig zum Ausdruck gekommen ist, daß alle Parteien des Hauses sich hinter diesen Antrag stellen. Er richtete an den Gemeinderat die Bitte, den Appell der Gemeinde Wien an die Bevölkerung, aber auch an die privaten und öffentlichen Körperschaften hinauszutragen. "Wenn dieser Appell", so sagte er abschließend, "den Widerhall findet, den er verdient, dann bin ich überzeugt, daß die Gelder aufgebracht werden, um den Dom wieder in seiner alten Schönheit erstehen zu lassen!"

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Gemeinderätin Lehnert (SPÖ) referierte über einen Antrag im Jahre 1950, eine Summe von 200.000 Schilling für rückzahlbare Aushilfen an Arbeitslose bis zur Flüssigmachung der Arbeitslosenunterstützung zu genehmigen.

In der Debatte sprach GR. Dr. Soswinski (LBl.) Er stellte fest, daß der vorliegende Antrag sich damit beschäftigt, den Fürsorgämtern die Möglichkeit zu geben, Menschen, die arbeitslos werden, eine Geldunterstützung zu gewähren, noch bevor der langwierige Aktenlauf sein Ende gefunden hat. Er begrüßte im Namen seiner Fraktion diese Maßnahme, brachte jedoch zum Ausdruck, daß man sich nicht mit einer solchen Behandlung des Arbeitslosenproblems begnügen dürfe.

Dr. Soswinski beschäftigte sich sodann in seinen Ausführungen mit den Arbeitslosenziffern. Während es 1949 im Durchschnitt in Wien 34.940 Arbeitslose gegeben hat, waren es heuer im Jänner 50.950, im Februar 51.472, im März 48.100 und im April 49.500 Arbeitslose, d.h. also, daß die Arbeitslosigkeit heuer bedeutend höher ist als im vorigen Jahr. Die Anzahl der arbeitslosen Frauen ist sogar gegenüber dem gleichen Monat des vergangenen Jahres um 100 Prozent gestiegen. Der Redner machte dafür den Marshall-Plan und seine Auswirkungen verantwortlich und bezeichnete es als eine entscheidende Aufgabe, die Wirtschaft unseres Landes und unserer Stadt zu heben. Der Wirtschaftsverkehr mit den Ostländern müsse gesteigert werden. Man brauche in Wien eine positive Politik, um den Ausbruch einer katastrophalen Arbeitslosigkeit zu verhindern.

In Zusammenhang mit dem referierten Antrag forderte der Redner nochmals Freifahrtscheine für die Arbeitslosen. Wenn es möglich ist, 200.000 Schilling vorzustrecken, so muß es auch möglich sein, das Geld für die Arbeitslosenfahrtscheine aufzubringen. Er wies darauf hin, daß in den ersten drei Monaten dieses Jahres die Ertragsanteile aller Länder und Gemeinden um 217 Millionen Schilling höher waren, als sie vorgesehen gewesen sind.

Abschließend betonte GR. Dr. Soswinski, daß die Arbeitslosenfrage in diesem Haus so lange nicht von der Tagesordnung verschwinden wird, als es Arbeitslose in Wien gibt.

GR. Hedwig Lehnert (SPÖ) bezeichnete den Vergleich der Arbeitslosenziffern als nicht glücklich, da in den ersten drei Monaten

des Jahres die Arbeitslosigkeit immer höher ist als in den Sommermonaten. Bei uns werden die Arbeitslosen auch nicht gezwungen, jede Arbeit anzunehmen; man muß warten, bis jemand eine entsprechende Beschäftigung gefunden hat.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

GR. Koci (SPÖ) referiert sodann einen Antrag über die Erhöhung des Sachkredites für den Ausbau des Schwimmstadions im Prater von 1,800.000 Schilling um 436.000 Schilling auf 2,236.000 Schilling. Davon sollen als Baurate für das Jahr 1950 1,436.000 Schilling genehmigt werden.

GR. Kaps (SPÖ) nimmt Stellung gegen die Äußerungen einzelner Zeitungen, die Gemeinde Wien wäre sportfeindlich eingestellt, und gegen das jede Grundlage entbehrende Schlagwort, daß der Finanzreferent den Sport durch zu hohe Steuern schädige.

Er spricht dann über die Unterschiede, die zwischen den Amateursportlern und den Geschäftssportlern gemacht werden müssen. Er gibt zu, daß es einzelnen Vereinen finanziell schlecht geht, aber daß andererseits für Fußballspieler oft 40.000 bis 50.000 Schilling und mehr bezahlt werden. Die gegenwärtige Vorlage beweise, daß die Gemeinderatsmehrheit und der Finanzreferent der Stadt Wien einer sportfeindlichen Einstellung nicht bezichtigt werden könne. Es seien in dieser Sitzung auch noch andere Vorlagen von Bädern usw. auf der Tagesordnung, die dieses Schlagwort entkräften. Der Redner erklärt, es ist das Bestreben der Gemeinde Wien, daß diese Stadt wieder zur Bäderstadt, zur Stadt des Sportes und zur Stadt der Kultur wird.

Der Antrag wurde angenommen.

Über die Festsetzung der Preise im neuen Strandbad Gänsehäufel referiert StR. Jonas (SPÖ) Er teilt mit, daß das Strandbad Gänsehäufel den Badebetrieb bald aufnehmen wird. Es sei nun notwendig, die Preise für dieses städtische Strandbad festzulegen. Der Antrag sieht vor, daß die Preise für die Kabinen und Kästchen etwas höher sind, als in den anderen städtischen Bädern. Die Preise waren schon vor der Zerstörung des früheren Strandbades Gänsehäufel immer höher als anderswo, mit der berechtigten Begründung, daß die Ausstattung und die Einrichtungen diese etwas höheren Preise durchaus rechtfertigen. Die neuen Einrichtungen und die Ausgestaltung des Strandbades rechtfertigen diesen geringen Preisunterschied erst recht.

Den Gästen wird in diesem Bad Bequemlichkeit, Komfort und angenehmer Aufenthalt geboten werden. Das Strandbad Gänsehäufel wird über 3.084 Kabinen verfügen. (Die neuen Preise brachten wir bereits an anderer Stelle.)

GR. Maller (L.Bl.) ist gegen die höheren Preise im Strandbad Gänsehäufel. Wenn auch gesagt wurde, es handle sich nur um ein paar Groschen, so möchte er doch erwidern, daß die Wiener Arbeiter- und Angestelltenfamilien in ihren Haushalten eben nur mit Groschen und im besten Falle mit Schillingen rechnen. In den Versammlungen sprechen die Mehrheitsparteien immer von Preissenkungen, aber immer wieder werden die Preise hinaufnummeriert. Der Redner stellt die Frage, für wen das Strandbad Gänsehäufel überhaupt gebaut wurde, für die, die es sich leisten können oder für die breite Masse der Bevölkerung. Seine Fraktion lehne daher die Erhöhung des Badepreises ab.

StR. Jonas stellte abschließend mit Befriedigung fest, daß dieses Bad ausdrücklich dem arbeitenden Wiener Volk gewidmet ist. Die Bademöglichkeiten wurden deswegen entsprechend groß geschaffen. Er ist stolz auf dieses Bad, denn es ist wahrscheinlich das modernste in ganz Europa, das der arbeitenden Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden kann. Wenn GR. Maller auch fürchtet, das Bad könnte schlecht besucht werden, so kann er nur sagen, daß die Kabinen für diese Saison bereits größtenteils vergeben sind und die Nachfrage sehr groß ist.

Der Antrag wurde ohne die Stimmen des Linksblocks angenommen.

StR. Jonas referiert sodann über den zusätzlichen Bau von 1000 Kleinwohnungen im Rahmen des Wohnbauprogramms 1950 im 10. und 21. Bezirk. Er erinnert daran, daß bei Beginn der Tätigkeit dieses Gemeinderates der Bürgermeister und auch die Sprecher der einzelnen Parteien die Beschaffung von Wohnraum und die Bekämpfung der Wohnungsnot als die vordringlichsten Aufgaben bezeichnet haben.

Es sind nun alle Möglichkeiten untersucht, um zu dem vom Gemeinderat bereits beschlossenen Wohnbauprogramm noch eine zusätzliche Leistung zu vollbringen und zusätzliche Wohnungen zu schaffen.

Als Ergebnis dieser Untersuchungen liegt nun dem Gemeinderat ein Antrag vor, der besagt, daß im heurigen Jahr über das schon beschlossene Wohnbauprogramm hinaus 1000 weitere Wohnungen gebaut werden sollen. Durch Einsparungen, durch die Modernisierung der Baustellen, durch die Ausnützung moderner Baustoffe und Baumethoden wird die Wirkung der vorhandenen Geldmittel vergrößert. Es wurde eine neue Wohnungstypen gesucht, die es nach Aufhören der schlechten Wohnungsverhältnisse ermöglicht, die jetzt gebauten einfachen Wohnungen ohne große bauliche Veränderungen in solche umzuwandeln, die nicht nur für zwei Personen, sondern auch für größere Familien eine durchaus normale Wohnung darstellen. Nach monatelangen Vorarbeiten und Studien hat Prof. Schuster die entsprechenden Entwürfe fertiggestellt.

Um die vorhandenen Geldmittel möglichst wirtschaftlich ausnützen zu können, wurden die Bauvorhaben auf zwei große Baustellen konzentriert, die außerdem in Bezirken liegen, die unter den Einwirkungen des Krieges besonders schwer gelitten haben und wo der Wohnungsmangel besonders groß ist. Während im 10. Bezirk die Errichtung von mehrgeschoßigen Komplexen vorgesehen ist, erlaubt die Gestaltung der Baugründe im 21. Bezirk eine aufgelockerte Bauweise. Es wird die dortige Anlage später einmal eine der schönsten Siedlungen von Wien sein. Selbstverständlich wird in alle Wohnungen Wasserleitung, Gas und Strom eingeleitet sein.

Durch die Verbilligungen, die bei der geplanten Bauweise errechnet wurden, werden die Gesamtkosten für diese 1000 Wohnungen 28 Millionen Schilling betragen, wovon im heurigen Jahre ungefähr 15 Millionen Schilling verbaut werden sollen. Dieser Betrag wird durch eine Einsparung von 5 Prozent der für das heurige Jahr präliminierten Bausumme von 300 Millionen Schilling hereingebracht werden.

StR. Jonas gibt seiner großen Genugtuung Ausdruck, daß er diesen Antrag einbringen konnte. Es ist damit der Nachweis geliefert worden, daß die Wiener Gemeindeverwaltung die wirklichen Nöte der Wiener Bevölkerung nie aus den Augen läßt und alle Anstrengungen unternimmt, um der großen Wohnungsnot nach Möglichkeit bald zu steuern. Diese zusätzliche Wohnbautätigkeit wird in erster Linie alle jene mit neuer Hoffnung erfüllen, die erst kurze Zeit nach ihrer Existenzgründung stehen.

Gerade für die jungen Menschen ist es bedeutend schwieriger zu Wohnungen zu kommen, als für jene, die schon im Besitz einer Wohnung waren und sie durch die Kriegsereignisse verloren haben. Man wird bei der Einweisung in diese Wohnungen vor allem auf die jungen Menschen nicht vergessen. (Lobhafter Beifall.)

In der Debatte spricht GR. Maller (L.Bl.). Er stellt zunächst fest, daß Wien zu jenen Großstädten zählt, die die niedrigste Wohnkultur aufweisen und zitiert in diesem Zusammenhang einen Artikel von Bundesrat Riemer in der "Allgemeinen Bauzeitung", in dem unter anderem gesagt wird, daß die überwiegende Mehrzahl der österreichischen Arbeiter unbequem und ungesund wohnt. Der Redner bezeichnet es als eine Schande, daß man heute wieder solche Wohnungen bauen wolle und verlangte, man müsse gleichzeitig die Verpflichtung übernehmen, in jenem Augenblick für eine bessere Wohnung zu sorgen, in der sich die Familie vergrößert. Der Redner beantragte die Zurückweisung des vorliegenden Projektes. Diese Wohnungen seien nichts anderes als Asyle in anderer Form. Auch die Idee sei nicht neu. Solche Wohnungen wurden bereits von den Nazi in Rodaun gebaut. Sie werden im Volksmund als Vogelhäuseln bezeichnet. (StR. Afritsch: Wir haben das Häusel und er hat den Vogel.)

GR. Mühlhauser (ÖVP) stellte fest, daß der Bau von 1000 Kleinwohnungen über das Bauprogramm hinaus im Interesse der vielen in Notquartieren und Untermiete Lebenden nur begrüßt werden kann. Man müsse aber wirklich darauf sehen, daß diese Wohnungen nur als Notwohnungen gedacht sind. Sie dürfen nur so lange bestehen, als die große Wohnungsnot herrscht. Der Redner regte gleichfalls an, bei Familienzuwachs die Möglichkeit zu schaffen, die Menschen in einer anderen Wohnung unterzubringen. Der Redner bemängelte auch, daß die Planung für diese Kleinstwohnungen so spät eingesetzt habe und erinnerte daran, daß 1946 und 1947 Drei- und Mehr-Zimmer-Wohnungen zu bauen begonnen wurden. Es wäre besser gewesen, wenn man damals die Kleinstwohnungen gebaut hätte und heute größere Wohnungen schaffen würde.

Mit Genugtuung nahm GR. Mühlhauser zur Kenntnis, daß der Betrag für die Kleinstwohnungen vom Budget des Wohnbauprogramms genommen werden kann. Dies sei ein Beweis, daß in Österreich doch Preissenkungen stattgefunden haben.

Abschließend ersuchte der Redner endlich auch die von der Volkspartei aufgezeigten Wege für den zusätzlichen Bau von Wohnungen zu beschreiten.

Als letzter Redner in der Debatte sprach GR. Koci (SPÖ). Er stellte fest, daß mit diesem zusätzlichen Programm gerade den Bedürftigsten geholfen werden soll. Den Ausspruch von GR. Maller, daß dieses Projekt eine Schande sei, wies der Redner unter Beifall seiner Fraktion auf das schärfste zurück. Er betonte auch, daß es viele tausende Menschen gibt, die gar keinen größeren Wohnraum beanspruchen wollen. Im übrigen ist es selbstverständlich, daß StR. Thaller bei Familienzuwachs dafür sorgen wird, größere Wohnungen zu beschaffen. Er gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß diese zusätzlichen Wohnungen in den schwerst betroffenen Arbeiterbezirken eine große Hilfe für die Bevölkerung darstellen werden.

Zu den Ausführungen von GR. Mühlhauser bemerkte der Redner, daß man 1946 und 1947 zunächst dafür sorgen mußte, die größeren Familien unterzubringen, Außerdem wird ja auch weiterhin so wie bisher gebaut werden. Die Kleinwohnungen werden zusätzlich errichtet, damit die Menschen rascher zu Wohnraum kommen.

Abschließend begrüßte der Redner im Namen der vielen Ausgebombten und der jungen Ehepaare, daß die Gemeinde Wien hier neue Wege gezeigt hat. (Beifall.)

Stadtrat Jonas erklärt in seinem Schlußwort, er kann es verstehen, daß es für die KPÖ sehr schwer ist, gegen ein Bauvorhaben anzukämpfen, das von der ganzen Bevölkerung begrüßt wird. Er bedauert es jedoch, daß dieses Projekt als "Schandprojekt" bezeichnet wird. Unter Schande stelle er sich etwas ganz anderes vor. Er bezeichnet es als Ruhmesblatt in der Geschichte unserer Stadt, daß sie von dem Grundsatz der vergangenen Jahre abgegangen ist und modernere Wohnungen baut.

StR. Jonas kam dann auf die von GR. Maller erwähnten Wohnungen zu sprechen, die hinter dem sogenannten "Eisernen Vorhang" gebaut werden. Er selbst habe sich aus rein sachlichen Gründen bemüht, aus diesen Ländern Material über den Wohnungsbau zu bekommen. Für den Fachmann sind nicht Fotografien von diesen Häusern, sondern die Grundrisse interessant. Diese Grundrisse nach Wien zu bekommen war aber nicht möglich.

Er wäre GR. Maller dankbar, wenn es ihm gelingen würde, dieses für Fachmänner interessante Material zur Verfügung zu stellen. Der Redner erwähnt auch, daß das Wohnungsproblem in Wien durch den Zuwachs von Menschen in unserer Stadt größer geworden ist. Es sind dies durchaus verständliche und nicht abstreitbare Tatsachen, die unsere Verhältnisse abnormal gestalten. Wenn GR. Maller zweifle, daß dieses Bauprogramm zusätzlich ist, so müsse auf die Tagesordnung des heutigen Gemeinderates verwiesen werden, auf der 19 weitere Wohnhausanlagen des normalen Bauprogramms stehen. Diese 19 Wohnhausanlagen umfassen ungefähr 1.800 Wohnungen. Der Redner erklärt nochmals, daß diese 1.000 Wohnungen eine zusätzliche Leistung der Wiener Gemeindeverwaltung sind und daß das normale Wohnbauprogramm selbstverständlich weiter geführt wird. (Starker Beifall.)

Der Redner erinnerte daran, daß es im Jahre 1947 Städttrat Novy war, der aus Schweden zwei große Baumaschinen bekommen konnte. Wären diese Maschinen nicht gekommen, hätten wir auch damals noch nicht mit dem Wohnhausbau beginnen können.

Der Redner verlangt die Ablehnung des Antrages des GR. Maller, da jetzt schon genügend gesetzliche Regelungen vorhanden sind, die einen Wohnungstausch möglich machen. Es fehlt nicht der Antrag, sondern es fehlen Wohnungen und diese sollen mit diesen 1.000 zusätzlichen wenigstens zum Teil geschaffen werden. (Allgemeiner Beifall.)

Der Antrag des GR. Maller wurde abgelehnt. Die Vorlage des Referenten wurde ohne die Stimmen des Linksblocks angenommen.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. h. c. Körner erteilt sodann dem GR. Dipl. Ing. Keller (parteilos früher WdU) zur Begründung der dringlichen Behandlung seines heute eingebrachten Antrages das Wort. Dieser erklärt, er habe den Antrag, die Akademiestraße in "Dr. Walter Barth-Straße" umzubenennen, deshalb eingebracht, um einen der fähigsten Offiziere der österreichischen Widerstandsbewegung, der unter tragischen Umständen gefallen ist, zu ehren. Die Dringlichkeit begründe er zunächst damit, daß sich vor kurzem die Befreiung Wiens von der nazistischen Gewaltherrschaft zum fünften Mal geführt habe und daß daher diese verdiente Ehrung so bald als möglich nachgeholt werden solle.

Bei der Abstimmung wird die Zuerkennung der Dringlichkeit des Antrages gegen eine Stimme abgelehnt und der Antrag gemäß der Geschäftsordnung dem zuständigen Ausschuß zur weiteren Behandlung zugewiesen.

Schluß der Sitzung um 14.20 Uhr.

Regierungsrat Wenzel Hetz gestorben
=====

12. Mai (Rath.Korr.) An seinem 77. Geburtstag ist in Wien Regierungsrat Wenzel Hetz einem langwierigen schmerzvollen Leiden erlegen. Der Verblichene hat sich als seinerzeitiger Verwalter des Wiener Allgemeinen Krankenhauses große Verdienste um die verwaltungstechnische Ausgestaltung dieser größten Krankenanstalt Österreichs erworben.

Als ehemaliger Berufsoffizier und Absolvent der Theresianischen Militärakademie in Wiener Neustadt ist er im Jahre 1906 in den Zivilstaatsdienst eingetreten und hat sich in kurzer Zeit durch sein umfassendes Wissen, sein liebenswürdiges Wesen und sein Organisationstalent im Krankenhauswesen im allgemeinen und in der administrativen Leitung des Allgemeinen Krankenhauses im besonderen eine maßgebliche Stellung geschaffen. Durch seine hervorragenden Leistungen hat sich Regierungsrat Hetz bleibenden Dank und Anerkennung sowohl bei seinen vorgesetzten Dienststellen als auch bei seinen Mitarbeitern und Untergebenen erworben.

Das Leichenbegängnis findet Dienstag, den 16. Mai, um 15.30 Uhr im Zentralfriedhof (3. Tor, Halle 3) statt.

Konzertveranstaltungen in Wien vom 15. bis 21. Mai
 =====

12. Mai (Rath.Korr.)

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Montag 15. Mai	Brahmssaal	Kammermusikabend des Jilka-Streichtrios
Dienstag 16. Mai	Brahmssaal 19.30	A cappella-Konzert des Akademie-Kammerchors; Dir.: Prof.F.Großmann
	Gr.K.H.Saal 19.30	Volkstümlicher Liederabend des Wiener Schubertbundes
	Mozartsaal 19.00	6. Konzert der Bach-Gemeinde
Mittwoch 17. Mai	Gr.M.V.Saal 19.30	Konzert der Chorvereinigung "Jung Wien"; Dir.: Prof. Leo Lehner
	Mozartsaal 19.30	Violinabend Anton Fietz; am Flügel: Prof. Otto Schulhof
Donnerstag 18. Mai	Brahmssaal 19.30	Liederabend Berty Schweiger, mitw. Hanns Kurth; am Flügel: Dr. Richard Rossmayer
	Kammersaal 16.00	Schülerkonzert der Musikschule Schmid-Zettelmann
	Mozartsaal 19.30	Konzert der Favoritner Chorvereinigung
Freitag 19. Mai	Brahmssaal 19.30	Festkonzert aus Anlaß der 40-Jahr-Feier der Abteilung für Kirchenmusik der Akademie.
	Gr.K.H.Saal 19.30	Jazzkonzert der Österreichisch-Amerikanischen Gesellschaft
	Schubertsaal 19.30	Konzert der Konzertvereinigung blinder Künstler
Samstag 20. Mai	Brahmssaal 19.30	Haydn-Schubert-Abend der Mozartgemeinde Wien; Dir.: Viktor Qu.Plasser
	Kammersaal 19.30	Konzert Michael Resch (Klavier) - Dr. Karl Kainrath (Violine)
	Gr.K.H.Saal 15.30	Festliches Singen der Kindersingeschule der Stadt Wien

12. Mai 1950

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 898

Samstag
20. Mai

Mozartsaal
19.30

Chorkonzert des Arbeiter-Sänger-
bundes Penzing

Schubertsaal
19.30

Chorkonzert der Chorvereinigung
Engelsbergbund

Sonntag
21. Mai

Gr.K.H.Saal
10.30

Festliches Singen der Kindersing-
schule der Stadt Wien